



Ein neuer europäischer Binnenmarkt für den Bausektor

Ein realistischer Reformplan

- > Ein geeigneter Rechtsrahmen für den Bausektor
- > Verantwortliche öffentliche Ausschreibungen
- > Grenzüberschreitender Austausch und Nutzung elektronischer Daten
- > Auf dem Weg zu einem nachhaltigen und grünen Bausektor
- > Förderung eines echten Unternehmertums
- > Auf dem Weg zu einer echten Entsendung
- > Einrichtung einheitlicher Kontaktstellen für die Beschäftigten
- > Eine europäische Sozialversicherungsnummer für Arbeitnehmer, um festzustellen, ob eine Person in den Genuss des Sozialschutzes kommt
- > Eine europäische Sozialversicherungskarte für alle Arbeitnehmer
- > Einführung einer vorherigen Meldepflicht bei Entsendung
- > Ein uneingeschränktes System der Kettenhaftung für Auftraggeber und Generalunternehmer
- > Zentralisierte nationale Unternehmensregister und europäische Zertifizierung von Bauunternehmen
- > Ein Legislativvorschlag über unlautere Geschäftspraktiken
- > Garantie des durchschnittlichen oder geltenden Lohnes in Ländern ohne tarifvertraglich vereinbarten oder gesetzlichen Mindestlohn
- > Wiederherstellung und Stärkung der bilateralen Arbeitsbeziehungen im Bausektor auf nationaler Ebene
- > Effiziente und wirksame Meisterung und Kontrolle von Unternehmen und Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten

Die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter ist eine sektorale europäische Gewerkschaftsföderation, die rund 1,6 Millionen Arbeitnehmer in der Bau-, Holz- und Möbelindustrie in 34 Ländern vertritt. 77 nationale Gewerkschaften sind Mitglied der EFBH. Die EFBH vertritt und verteidigt die Arbeitnehmerrechte auf EU-Ebene. Die EFBH ist Mitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und arbeitet eng mit dem internationalen Verband BHI und den anderen europäischen Industrieföderationen zusammen.

1.

Einführung:

Diese Broschüre ist eine Zusammenfassung der Vision der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter über die Zukunft des europäischen Binnenmarkts. Unsere Gesamtvision des europäischen Binnenmarkts ist, dass der Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsplatz" im Mittelpunkt des europäischen Binnenmarkts stehen sollte. Dies erfordert die Entwicklung eines fairen Wettbewerbsmodells, das auf Innovation, Produktivität, Fähigkeiten und Qualifikationen basiert. Unsere Vision ist auch eine Antwort auf die wachsenden Unruhen in der EU, die unserer Meinung nach das Ergebnis eines mangelnden sozialen Fortschritts in der Europäischen Union sind.

2.

Aktuelle Situation in der Bauwirtschaft

Das Baugewerbe ist ein großer und sehr vielfältiger Sektor, der 2016 aus mehr als 3,4 Millionen Unternehmen bestand und 2013 mehr als 14 Millionen Arbeitnehmer beschäftigte. Die meisten Bauarbeiter (97%) sind in kleinen und mittleren Unternehmen mit weniger als 20 Arbeitnehmern beschäftigt. Der Bausektor hat auch einen starken wirtschaftlichen Multiplikatoreffekt auf viele andere Sektoren (z.B. Holz, Beton, Stahl, Glas und Möbel). Außerdem entfallen 43% aller Entsendungen innerhalb der EU auf den Bausektor.

3.

Verbesserung des europäischen Binnenmarkts für den Bausektor

Ein geeigneter Rechtsrahmen für den Bausektor

Der Bausektor braucht einen angemessenen Rechtsrahmen, die ordnungsgemäße Anwendung der einschlägigen Vorschriften, eine effiziente und wirksame Prävention, angemessene Vorschriften und eine ordnungsgemäße Durchsetzung des Arbeitsrechts. Die EU sollte die notwendigen präventiven Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen auf nationaler Ebene nicht behindern, die darauf abzielen, Sozialbetrug und -missbrauch zu bekämpfen, Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltschutz zu gewährleisten oder die Rechte der Arbeitnehmer und die Kampfmaßnahmen der Arbeitnehmer zu untergraben.

Verantwortliche öffentliche Ausschreibungen

Heutzutage sind viele Mitgliedstaaten bei der Auswahl von Auftragnehmern für große öffentliche Bauvorhaben immer nur noch an den niedrigsten Preis interessiert. In diesem Sinne fordert die EFBH in erster Linie die EU-Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die geltende Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß umgesetzt und angewendet wird.

Grenzüberschreitender Austausch und Nutzung elektronischer Daten

Die EFBH schlägt die Schaffung einer europäischen benutzerfreundlichen, schnellen, zuverlässigen, automatisierten, verschlüsselten und interoperablen IT-Infrastruktur für die Nutzung

durch nationale Behörden, Institutionen, Sozialinspektorate, Staatsanwälte und die zuständigen nationalen Durchsetzungsinstitutionen der Sozialpartner vor.

Auf dem Weg zu einem nachhaltigen und grünen Bausektor

Um einen nachhaltigen Bausektor aufzubauen, muss die EU in die Verbesserung der beruflichen Fähigkeiten und Qualifikationen ihrer Arbeitnehmer investieren, insbesondere im Hinblick auf die Grüne Agenda. Um die Zukunft des Bausektors zu sichern, fordert die EFBH, dass dem lebenslangen Lernen und einem reibungslosen Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden und, dass das Lehrlingsausbildungssystem gefördert und verbessert wird.

Förderung eines echten Unternehmertums

Scheinselbständige sind im Wesentlichen reguläre Arbeitnehmer, denen zu Unrecht ihre sozialen Rechte und ihr Schutz vorenthalten werden. Scheinselbständige haben weniger Sozialschutz und fallen nicht unter Tarifverträge. Die EFBH fordert die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten auf, der Scheinselbständigkeit ein Ende zu bereiten.

Auf dem Weg zu einer echten Entsendung

Jedes Jahr erleben wir eine Zunahme von grenzüberschreitendem Sozialbetrug und -missbrauch. Die Entsendung von Arbeitnehmern muss auf dem Grundsatz des "gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsplatz" beruhen. Den Mitgliedstaaten sollte die Möglichkeit gegeben werden, auf nationaler Ebene effiziente und wirksame Präventions-, Kontroll- und Sanktionsmechanismen einzurichten. Die EFBH fordert die Europäische Kommission auf, ihre Befugnis zur Förderung der Freizügigkeit von Dienstleistern nicht zu ge- bzw. missbrauchen, um die Befugnisse der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung von grenzüberschreitendem Sozialbetrug und -missbrauch einzuschränken.

Einrichtung einheitlicher Kontaktstellen für die Beschäftigten

Zentrale Anlaufstellen für Arbeitnehmer sollten die Informationen bereitstellen, die die Arbeitnehmer vor ihrem Umzug in ein anderes Land benötigen, einschließlich Verwaltungsinformationen und Informationen über gesetzliche Rechte und Pflichten, Löhne und Gewerkschaften.

Eine europäische Sozialversicherungsnummer für Arbeitnehmer, um festzustellen, ob eine Person in den Genuss des Sozialschutzes kommt

Die EFBH unterstützt nachdrücklich die Einführung einer europäischen Sozialversicherungsnummer. Auf diese Weise können Arbeitsbehörden und Gewerkschaften Arbeitnehmer auf Baustellen identifizieren und Informationen darüber erhalten, wo sie arbeiten, zusammen mit Daten über ihre Löhne, Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit.

Eine europäische Sozialversicherungskarte für alle Arbeitnehmer

Die EFBH schlägt vor, dass alle Arbeitnehmer im Besitz einer von den Sozialversicherungsbehörden ihres Herkunftslandes ausgestellten europäischen Sozialversicherungskarte sein sollten. Mittels der europäischen Sozialversicherungskarte würden die Arbeitnehmer wissen, ob ihr Arbeitgeber sie beim nationalen Sozialversicherungsträger registriert hat. Dies hätte eine Selbstregulierungswirkung und würde die Arbeit der nationalen Arbeitsaufsichtsbehörden und Gewerkschaften erheblich erleichtern.

Einführung einer vorherigen Meldepflicht bei Entsendung

Alle Länder sollten eine obligatorische vorherige Meldung der Entsendung für alle Bauarbeiter haben, unabhängig von ihrem Beschäftigungsstatus. Damit hätten die Behörden einen Überblick darüber, wer sich auf welcher Baustelle befindet, welche Aufgaben sie dort zu erledigen haben und für welche Firma sie arbeiten.

Ein uneingeschränktes System der Kettenhaftung für Auftraggeber und Generalunternehmer

Ein uneingeschränktes System der gesamtschuldnerischen Kettenhaftung würde die Auftraggeber, Generalunternehmer und alle Unternehmer in der Kette gemeinsam für die Handlungen ihrer Subunternehmer und beauftragten Firmen verantwortlich machen. Die EFBH schlägt ein europäisches Modell für die gesamte Lieferkette innerhalb der europäischen Bauwirtschaft vor.

Zentralisierte nationale Unternehmensregister und europäische Zertifizierung von Bauunternehmen

Die transnationale Transparenz der Unternehmen muss verbessert werden. Derzeit ist es für die nationalen Behörden schwierig, die Herkunft der Unternehmen, den Standort ihres Sitzes im Gastland, ihren Eigentümer usw. zu ermitteln. Alle Mitgliedstaaten sollten transparente und zugängliche zentrale digitale nationale Unternehmensregister einrichten. Diese Register könnten mit einem europäischen Zertifizierungssystem für Bauunternehmen verknüpft werden.

Ein Legislativvorschlag über unlautere Geschäftspraktiken

Die europäische Bauwirtschaft braucht dringend EU-Rechtsvorschriften über unlautere Geschäftspraktiken. Diese sollten einen fairen und transparenten Maßstab für den gesamten Bauprozess bieten. Sie sollten auch einen Beschwerdemechanismus und geeignete Instrumente zur Prävention, Kontrolle und Durchsetzung (einschließlich Korrekturmaßnahmen und Sanktionen) umfassen.

Garantie des durchschnittlichen oder geltenden Lohnes in Ländern ohne tarifvertraglich vereinbarten oder gesetzlichen Mindestlohn

Arbeitnehmer, die in ein Land ohne tariflichen oder gesetzlichen Mindestlohn entsandt werden, müssen mindestens den durchschnittlichen oder geltenden Lohn des Landes erhalten, in das sie entsandt werden. Dies ist notwendig, um sicherzustellen, dass entsandte Arbeitnehmer nicht zur Reduzierung der lokalen Einkommen eingesetzt werden können.

Wiederherstellung und Stärkung der bilateralen Arbeitsbeziehungen im Bausektor auf nationaler Ebene

Ein nachhaltiger Bausektor braucht ein wirksames autonomes bilaterales System des sozialen Dialogs auf nationaler Ebene. Die nationalen sektoralen Sozialpartner verfügen über ein fundiertes Wissen über ihre nationalen Herausforderungen und wissen am besten, was zu tun ist. Die EFBH fordert konkrete EU-Maßnahmen gegen diejenigen Mitgliedstaaten, die das autonome sektorale System der bilateralen Arbeitsbeziehungen aufgelöst oder aufgegeben haben. Darüber hinaus muss die EU ihre Bemühungen um die Schaffung echter sektoraler Systeme des sozialen Dialogs intensivieren.

Effiziente und wirksame Meisterung und Kontrolle von Unternehmen und Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten

Seit einigen Jahren nimmt die Zahl der im europäischen Bausektor tätigen Unternehmen und Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten (auch Drittländer genannt) erheblich zu. Wir sprechen hier nicht von Flüchtlingen oder Asylbewerbern, sondern von Nicht-EU-Unternehmen und -Arbeitnehmern, die aus einem Drittland direkt im europäischen Bausektor tätig sind. Der Zugang dieser Gruppe von Arbeitnehmern zum europäischen Bausektor erfolgt in vielerlei undurchsichtiger Weise.

Die EFBH weist auf die große Gefahr neuer, verborgener Formen der sozialen Ausbeutung (und selbst Fälle von Menschenhandel) und ein unfaires Risiko der Vertreibung von EU-Bauunternehmen und -Arbeitnehmern hin. Der europäische Binnenmarkt muss besonders wachsam sein. Zur Bekämpfung aller Formen des Sozialbetrugs und der Ausbeutung von Arbeitnehmern aus Drittländern sind mehr Transparenz und angemessene, präventive, kontrollierende und Sanktionsmaßnahmen erforderlich.



**European Federation
of Building and Woodworkers**
Rue Royale 45, 1st floor
B-1000 Brussels

www.efbww.org